



# „Programm gegen Langzeitschäden der Corona-Krise“

Zehn Jahre nach dem Bildungsvolksbegehren startet Hannes Androsch einen Weckruf, weil sich die Bildung seither nicht verbessert, sondern unter Minister Faßmann noch verschlechtert habe.

Hannes Androsch zu geplanten Änderungen im Schulbereich: „Wenn ich stehe und das Tempo beschleunige, stehe ich noch immer.“

Foto: apa / Hochmuth



Von Karl Ettinger

Die Bildungsschwächen sind nicht behoben worden. Sie haben sich jetzt in der Krise mit aller Deutlichkeit gezeigt.“ Diesen ernüchternden Befund zieht der Industrielle Hannes Androsch knapp zehn Jahre nach dem Bildungsvolksbegehren, das im November 2011 von knapp

384.000 Bürgern unterstützt worden ist.

Der frühere SPÖ-Finanzminister und Vizekanzler hat mit weiteren Initiatoren wie dem früheren Industriellenchef Veit Sorger und dem steirischen Ex-ÖVP-Klubchef Bernd Schilcher ein Volksbegehren unter anderem für ganztägige Schulen, eine Aufwertung der Aus-

bildung des Personals in Kindergärten, eine gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und die Abschaffung des Sitzenbleibens gestartet. „Nach zehn Jahren müssen wir sagen: Nichts davon ist umgesetzt, im Gegenteil“, beklagt Androsch im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“.

Denn während der Ministerzeit von Heinz Faßmann schon unter Türkis-Blau seien Ziffernoten in Volksschulen wieder festgelegt worden, die Trennung der Zehnjährigen werde bereits in der dritten Klasse der Volksschulen vorbereitet, vor allem sei aber auch die Digitalisierung im Unterricht nicht umgesetzt worden. Es habe bereits einen „Rückschritt“ im Bildungswesen vor der Corona-Epidemie gegeben, mit der Krise seien noch „Kollateralschäden dazugekommen“, analysiert Androsch. „Das hat die soziale Kluft vergrößert“, meint er unter Hinweis darauf, dass bis zu 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler beim Heimunterricht nach dem Corona-Lockdown ab März des Vorjahres nicht erreicht werden konnten.

Der Industrielle kündigt an, dass die seinerzeitige Bildungsinitiative demnächst einen „Wake up call“ an die türkis-grüne Bundesregierung starten werde, weil die Bildung längst nicht auf der Höhe der Zeit sei. Ein Kernpunkt ist eine neue Offensive: „Was wir dringend brauchen, ist ein mittelfristiges Programm, um Langzeitschäden

der Corona-Krise zu beheben.“ Wie viel Geld dafür zur Verfügung gestellt werden sollte? „Nicht koste es, was es wolle“, sagt Androsch mit einer Spitze gegen Bundeskanzler Sebastian Kurz, der dies beim ersten Lockdown erklärt hat, „sondern das, was notwendig ist.“ Dazu gehören jedenfalls umfassend verschränkte autonome Ganztagschulen.

Speziell brauche es mehr Unterstützung für „Brennpunktschulen“ in Ballungszentren mit vielen Schülern aus schwierigen Verhältnissen oder Eltern mit Migrationshintergrund. Studien haben im Laufe der Krise gezeigt, dass Kinder aus diesen Schulen besondere Probleme beim Heimunterricht hatten. Das betreffe nicht nur die Ausstattung mit Hardware, sondern vor allem auch mehr Personal, um Lerndefizite zu beseitigen.

### **Ganztägiger Kindergarten**

Konkret müsse schon vor dem Eintritt in die Schulen angesetzt werden. Daher lautet die Forderung, die vorschulische Elementarpädagogik in einer ganztätigen Form müsse ausgebaut werden.

Gleichzeitig müssten die Ausbildung und das Personal im Vorschulbereich eine Aufwertung erhalten. Dazu gehört auch eine akademische Ausbildung für das Personal in den Kindergärten. Wichtig sei diese Offensive vor allem auch für die ein- bis dreijährigen Kinder, nicht erst in den derzeitigen Kindergartenjahren.

In der Folge müssten die verschränkten Ganztagschulen, in denen sich Unterrichts- und Freizeitphasen abwechseln, ausgebaut werden. Das zeitgemäße Bildungsangebot finde sich vor allem in Privatschulen, die etwa in

Wien von 20 Prozent der Schüler besucht werden. Maßnahmen für eine Ausweitung des Angebots an ganztätigen Schulen hat auch die Bundesregierung mit Ländern vereinbart. Androsch spitzt die Kritik an Versäumnissen dennoch bewusst zu: „Wenn ich stehe und das Tempo beschleunige, stehe ich noch immer.“

Neben einer Durchforstung der Lehrpläne und mehr Autonomie für Schulen samt externer Qualitätskontrolle gibt es vorrangig die Forderung, die Digitalisierung in den Schulen tatsächlich voranzutreiben. Denn noch immer herrsche in den Schulen „die Kreidezeit im wahrsten Sinn des Wortes“, so Androsch. Die Defizite seien in der Corona-Krise besonders sichtbar geworden. Zwar wurden von Faßmann die Weichen gestellt, dass ab dem kommenden Schuljahr 2021/22 die ersten und zweiten Klassen der Mittelschulen und Unterstufen mit Laptops ausgestattet werden. Damit dauere es aber noch Jahre, bis alle 14-Jährigen mit Digitalgeräten ausgestattet seien. Für Lehrer müsse es verpflichtende Weiterbildungsprogramme für digitalen Unterricht geben samt Erhöhung der Einstiegsgehälter für Lehrer. ■